

# Marktwirtschaft.



- 02 Es gibt viel zu tun!**  
Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen
- 03 Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz**  
Fokus: Rentenpaket II
- 04 Abstieg mit Ansage**  
Deutschland verliert an Boden
- 06 Deutschlands Energiewende- und Klimapolitik auf dem Prüfstand**  
Zu teuer, zu unsicher und nicht zielführend
- 08 Positionspapiere**  
Rahmenordnung statt Mikromanagement – die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft  
  
Steuerfinanzierung der Sozialversicherungen
- 09 Deutschland in der Subventionsfalle?**  
Risiken und Nebenwirkungen von Staatshilfen  
  
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk:  
Was bringen die Reformen?  
Webinar mit Prof. Dr. Justus Haucap
- 10 Jahrestagung der Stiftung Marktwirtschaft**  
Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M. (Yale), zu Gast in Kronberg
- 12 Tagungen**  
Mehr Realismus in der Rentenpolitik – Reformoptionen in einer alternden Gesellschaft  
  
Top oder Flop? Deutschland ein Jahr vor der Bundestagswahl

## Es gibt viel zu tun!

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen,  
Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft

Abgesehen von Reaktionen – der schnell und effektiv erreichten Unabhängigkeit von russischem Gas und etwas „Zeitenwende“ zumindest bei der Bundeswehr – hat die gescheiterte Ampelregierung wenig bewirkt. Wachstum gibt es bei Staat, Regulierung und Schulden, während die Wirtschaft schrumpft, der Wohlstand gefährdet ist und Deutschland noch mehr an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat als zur Zeit der Großen Koalition.

Das Beste an der Ampel könnte ihr vorzeitiges Scheitern sein, weil Deutschland so teurer Unsinn wie das Rentenpaket II mit über einer Billion Euro Folgekosten erspart bleibt. Das hilft den Jüngeren, die die Lasten zu tragen gehabt hätten und schadet den heutigen Rentnern nicht: Anders als behauptet, drohen keine Rentenkürzungen. Offensichtlich bestehen erhebliche Erinnerungslücken beim Bundeskanzler: Tatsächlich können Renten in Deutschland gar nicht gekürzt werden, diese sogenannte Rentengarantie wurde 2008 vom damaligen Arbeitsminister Scholz selbst eingeführt. Bis 2008 konnten die Nominalrenten gekürzt werden, wenn die Lohnentwicklung negativ war. Die Begründung war einfach wie logisch: Renten steigen, wenn die Löhne steigen; Renten sinken, wenn jene es auch tun. Diese Symmetrie war Kern der intergenerativen Solidarität – bis der damalige Arbeitsminister Scholz die Solidarität nur für die guten Tage, aber eben nicht mehr für die schlechten Tage gesetzlich implementierte. Dass es nun im Sinne der Generationengerechtigkeit z.B. beim Nachhaltigkeitsfaktor bleibt, ist eine erste wichtige Korrektur.

Eine zweite muss auf dem Arbeitsmarkt erfolgen: Die Einführung des Bürgergeldes war ein Schritt in die falsche Richtung hin zu einem leistungslosen Grundeinkommen und hat noch mehr zur Passivierung breiter Bevölkerungskreise beigetragen. Mehr noch, dieser Schritt untergräbt das Fundamentalprinzip unseres Sozialstaats: Wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe, weil jeder, der es kann, sich zunächst selbst helfen muss. Fördern und fordern lautet die Devise, zu der wir zurückkehren müssen. Wer nicht selbst zur Hilfe beiträgt, obwohl er es könnte, verwirkt seinen Anspruch auf monetäre Leistungen und erhält ein gekürztes sozio-kulturelles Existenzminimum – als reine Sachleistung. Wer sich jedoch bemüht, erhält die Sachleistung umgewandelt als Geldleistung und bekommt sogar etwas dazu. Das ist der Kern einer aktivierenden Grundsicherung als Alternative zum Bürgergeld.

Auch die Arbeitsanreize für ältere Beschäftigte gilt es zu verbessern. Statt den vorgezogenen Ruhestand durch zu niedrige oder gar keine Abschläge zu belohnen, sollten



mathematisch korrekte Abschläge in der Größenordnung von 0,5 statt 0,3 Prozent pro Monat vorgezogenem Ruhestand berechnet werden. Diese Fehlentwicklung geht zwar auf die Große Koalition und teils auf noch frühere Regierungen zurück, allerdings hat die Ampel es bei den falschen Weichenstellungen belassen.

Zeit, dass sich hier etwas in die richtige Richtung bewegt, damit weniger ältere Beschäftigte ihren Renteneintritt subventioniert und zu Lasten anderer vorziehen.

Und dann ist da noch das gesetzliche Renteneintrittsalter: Die Einführung der Rente mit 67 im Jahr 2007 war ein mutiger Schritt, wurde aber durch die Rente mit 63, in die weniger Dachdecker als vor allem Beschäftigte im Öffentlichen Dienst entschwinden, konterkariert. Während in den 1960er-Jahren ein Rentner im Durchschnitt fast fünf Jahre für ein Rentenbezugsjahr gearbeitet hat, braucht er dafür gegenwärtig nur gut zwei Jahre. Damit dieses Verhältnis sich nicht noch ungleicher entwickelt, sollte im Sinne einer generationengerechten Reform das gesetzliche Rentenzugangsalter langsam angehoben werden, sodass es bis Ende der 2030er Jahre bei 69 Jahren liegt. Damit würde der in der Vergangenheit gestiegenen Lebenserwartung Rechnung getragen und gleichzeitig die gesetzliche Rentenversicherung finanziell auf nachhaltigere Beine gestellt. Zugleich würden die geburtenstarken Jahrgänge, die im Laufe der kommenden 15 Jahre in Millionenstärke in das Rentenalter kommen, Teile der demografischen Last – die sie selbst verursacht haben – auch selbst tragen.

Foto: Kay Herschelmann

### IMPRESSUM

Dr. Ann Zimmermann (V.i.S.d.P.)  
Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)  
ISSN: 1612-9725

Titelbild: Heiko Sakurai

# Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz

## Fokus: Rentenpaket II

Neben der mittlerweile chronischen Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft setzen demografischer Wandel und Fachkräftemangel nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) zunehmend unter Druck. Das von der Ampelkoalition vor ihrem Bruch geplante Rentenpaket II hätte diese Situation nicht entschärft, sondern im Gegenteil das zukünftige Finanzierungsdefizit der GRV vergrößert und damit zu einer noch massiveren Belastung der Beitragszahler sowie einer weiteren Umverteilung von Jung zu Alt geführt.

Gemäß dem Update 2024 der Generationenbilanz der Stiftung Marktwirtschaft und des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg beläuft sich die aktuelle Nachhaltigkeitslücke aus expliziten und impliziten Staatsschulden auf 374,6 Prozent des BIP (15,4 Billionen Euro) und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 36,5 Prozentpunkte verringert. Dies ist auf eine Senkung der impliziten Schulden bei den Gebietskörperschaften aufgrund höherer Steuer- und Beitragseinnahmen zurückzuführen. Insgesamt machen die heute noch nicht direkt sichtbaren bzw. impliziten Schulden 83 Prozent der staatlichen Gesamtverschuldung aus. Sie spiegeln die bereits erworbenen und bei Fortführung des Status quo noch entstehenden – aber durch das aktuelle Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten – Ansprüche heutiger und zukünftiger Generationen gegenüber dem Staat wider. Die expliziten Schulden belaufen sich im Vergleich dazu „nur“ auf 63,6 Prozent des BIP und machen damit lediglich knapp ein Fünftel der Nachhaltigkeitslücke aus: Mit Schuldentransparenz hat das kaum etwas zu tun.



### Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Das Rentenpaket II

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 176

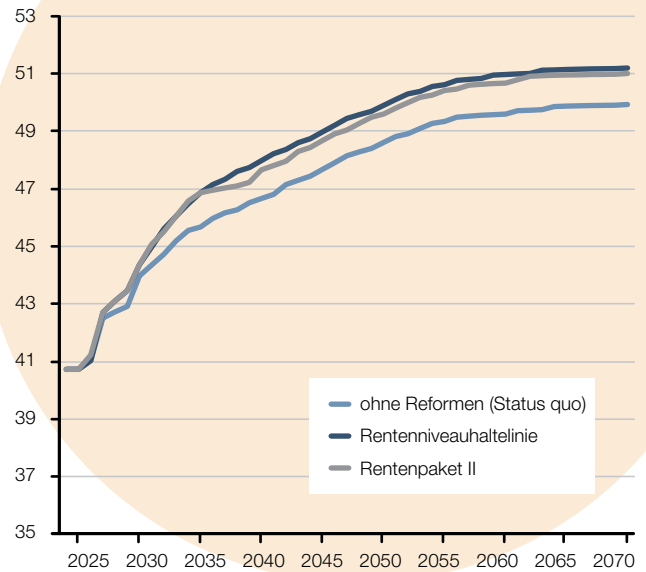
Bernd Raffelhüschen,  
Sebastian Schultis, Stefan Seuffert,  
Sebastian Stramka

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
ISSN: 1612-7072



**Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz von über 50 Prozent?**  
Beitragssatzsumme der Sozialversicherungen (in Prozent)

Quelle: Eigene Berechnungen.



Die GRV schlägt mit einer Nachhaltigkeitslücke von 87,8 Prozent besonders schwer zu Buche. Wäre das Rentenpaket II in der im Mai 2024 vom Kabinett beschlossenen Fassung vom Bundestag verabschiedet worden, hätte sich die Nachhaltigkeitslücke der GRV um 35,9 Prozentpunkte (1,48 Billionen Euro) auf 123,7 Prozent des BIP vergrößert. Die Rentenniveauhaltelinie hätte dabei für einen Anstieg von 39,9 Prozentpunkten gesorgt, welchen das Generationenkapital nur um 4,0 Prozentpunkte hätte abfedern können. Wenn diese Rentenniveauhaltelinie wie damals geplant bis ins Jahr 2039 gehalten worden wäre, hätte sich der heutige Beitragssatz von 18,6 Prozent bis zum Jahr 2040 nicht nur um 3,4 Prozentpunkte, sondern um 5,1 Prozentpunkte auf 23,7 Prozent erhöht. Das Generationenkapital hätte den Anstieg um lediglich 0,3 Prozentpunkte dämpfen können. Wie schon bei den Rentenreformen 2014 und 2018 hätten auch vom Rentenpaket II vor allem die älteren Generationen zu Lasten der jüngeren und zukünftigen Beitrags- und Steuerzahler profitiert.

# Abstieg mit Ansage

## Deutschland verliert an Boden

Selbst- und Fremdwahrnehmung stimmen in Deutschland immer weniger überein: Im Ausland schwärmt kaum noch jemand von Föderalismus, Organisationsfähigkeit, Tarifautonomie, dualer Ausbildung und anderen „deutschen Tugenden“. Energiewende, Infrastruktur, Regulierung, Innovationsfähigkeit und Bildung dienen nicht mehr als Positiv-, sondern Negativ-Beispiele. Statt im „Weiter-so“-Modus zu verharren, muss wieder mehr an die Zukunft gedacht werden. Ansonsten droht der (weitere) Abstieg mit substantziellen Wohlstandsverlusten. Zentrale Probleme liegen insbesondere auf folgenden Ebenen:

**Standortattraktivität:** Die deutsche Wirtschaft befindet sich bereits im zweiten Rezessionsjahr in Folge. Wirtschaftliche Schwäche und erodierende Wettbewerbsfähigkeit spiegeln sich nicht nur in den negativen Wachstumsraten wider, sondern auch in internationalen Rankings, die dem deutschen Wirtschaftsstandort seit Jahren einen eindeutigen Abwärtstrend bescheinigen.

**Soziale Marktwirtschaft:** Die Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen ist mit Fehlanreizen verbunden. Zu oft rechnet sich Nicht-Leistung eher als sich Leistung lohnt und werden Leistungsbereitschaft sowie Aufstiegswille



### Abstieg? Deutschland verliert an Boden

Auf den Punkt Nr. 4

Michael Eilfort, Tim Meyer

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)

ISSN: 2627-4493



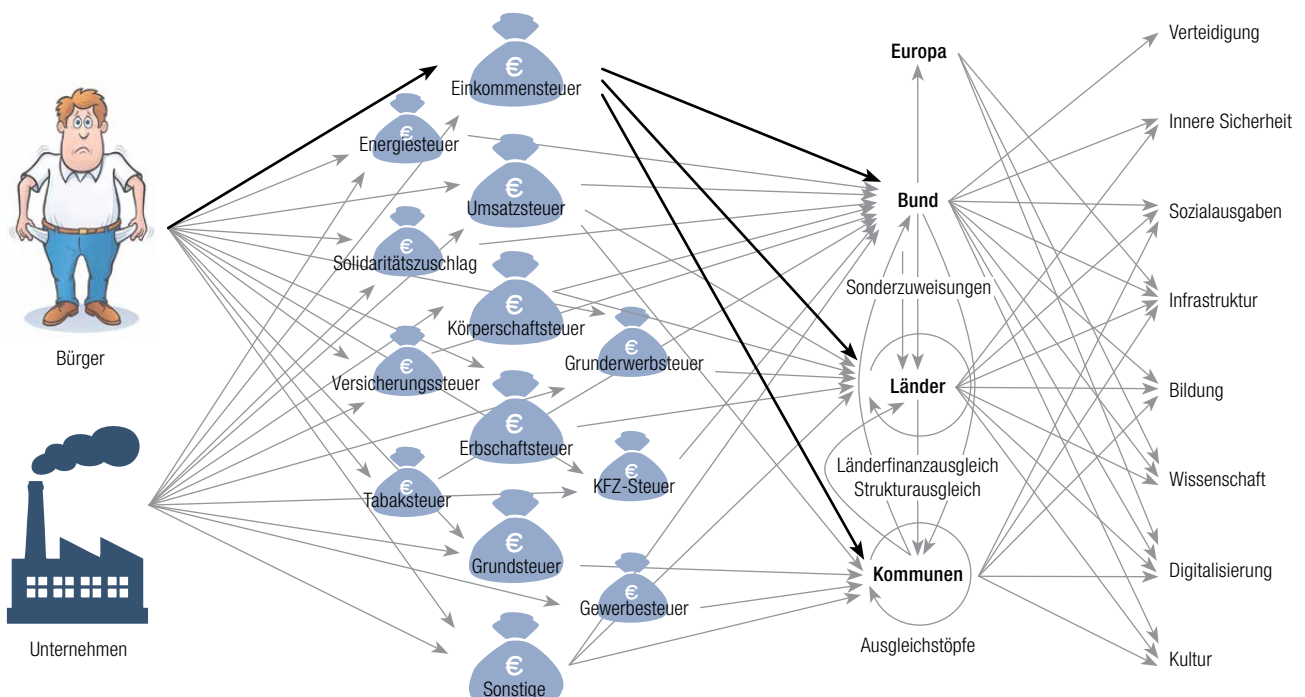
untergraben. Mit dem „Bürgergeld“ hat die Ampelkoalition diese Entwicklung auf die Spitze getrieben.

**Öffentliche Haushalte:** Zwar beläuft sich die offizielle Verschuldung „nur“ auf rund 2,6 Billionen Euro. Werden die verdeckten Lasten jedoch hinzugerechnet, ergibt sich eine Staatsverschuldung von 15,4 Billionen Euro. Wie bei einem Eisberg ist der größte Teil „unsichtbar“.

**Steuern:** Die Steuerlast ist hierzulande in mehrfacher Hinsicht zu hoch. Die Einkommensteuer belastet die Leistungsträger in der Mitte der Gesellschaft und hemmt

### Steuerzahlungen und Finanzströme: Intransparenz mit Methode – Alle zahlen für alles, keiner hat den Überblick, jeder eine Ausrede und niemand die Verantwortung

Quelle: Eigene Darstellung.





**Arbeitsanreize.** Die im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Unternehmensbesteuerung wirkt abschreckend auf Wirtschaftende.

**Demografie:** Der demografische Wandel führt zu einer Wählermehrheit der über 55-Jährigen. Vor allem die Rentenpakete seit 2008 inklusive Haltelinien, Mütterrente, Rente mit 63 und Grundrente waren wahltaktisch motiviert und sind von einer wachsenden Generationenungerechtigkeit geprägt: Sie alle gehen zu Lasten der unter 45-Jährigen!

**Migration:** Seit 2005 ist der Wanderungssaldo deutscher Staatsbürger negativ. Die meisten Abwandernden sind nicht etwa frierende Rentner, sondern hochqualifizierte 20- bis 40-Jährige. Zuwanderung kann diese Lücke aufgrund von Fehlanreizen und mangelnder Steuerung bislang nur unzureichend schließen.

unzureichender Ausbau regenerativer Energieträger und -netze sowie fehlende Energiespeicher gefährden zudem die Versorgungssicherheit.

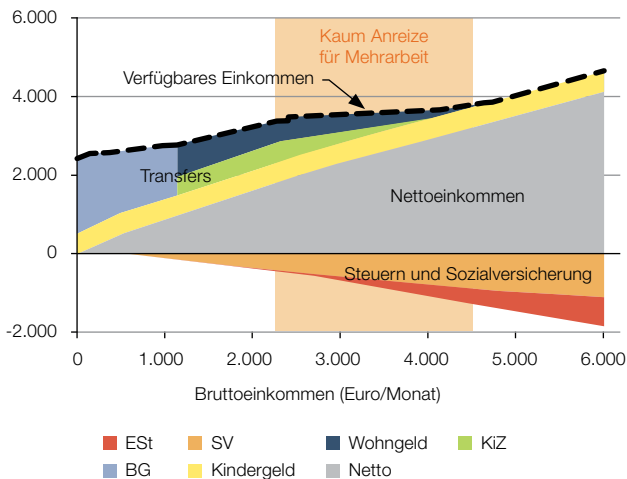
**Infrastruktur:** Wie desaströs der Zustand der Infrastruktur ist, wird täglich offensichtlicher. Allein im Bundesfernstraßennetz sind mehr als 40.000 Brücken sanierungsbedürftig. Die Geschäftstätigkeit der Unternehmen wird dadurch zunehmend beeinträchtigt.

**Digitalisierung und Wohnungsbau:** Der deutsche Staat gibt bei der Digitalisierung ein rückständiges Bild ab und scheitert, insbesondere innerhalb der öffentlichen Verwaltung, an selbstgesteckten Zielen. Auf dem Wohnungsmarkt haben übermäßige Regulierung sowie Mietpreisbremsen und -deckel einen fatalen Stillstand herbeigeführt.

**Bürokratie:** Trotz anderslautender politischer Absichtserklärungen ist der Regelungseifer ungebrochen. Regulierungsdichte und Bürokratiekosten für Bürger und Unternehmen steigen unvermindert an. Gleichzeitig expandiert der öffentliche Verwaltungsapparat – vor allem die Führungsebene der Ministerialbürokratie des Bundes – in bedenklichem Ausmaß.

**Fehlende Anreize für Mehrarbeit:  
Demotivierendes Verhältnis Brutto-Netto**

Quelle: Blömer/Peichl (2023), ifo-Mikrosimulationsmodell.



Hinweis: Die Grafik zeigt den Verlauf des verfügbaren Einkommens (Verf. EK) bezogen auf das Bruttoeinkommen (Brutto) eines Haushalts (Ehepaar, 2 Kinder, Alleinverdiener) nach Verrechnung aller Komponenten: Lohn- und Einkommensteuer (EST), Sozialversicherungsbeiträge (SV), Kindergeld, Kinderzuschlag (KiZ), Wohngeld, Bürgergeld sowie Nettoeinkommen nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen (Netto). Alle Angaben in Euro/Monat.

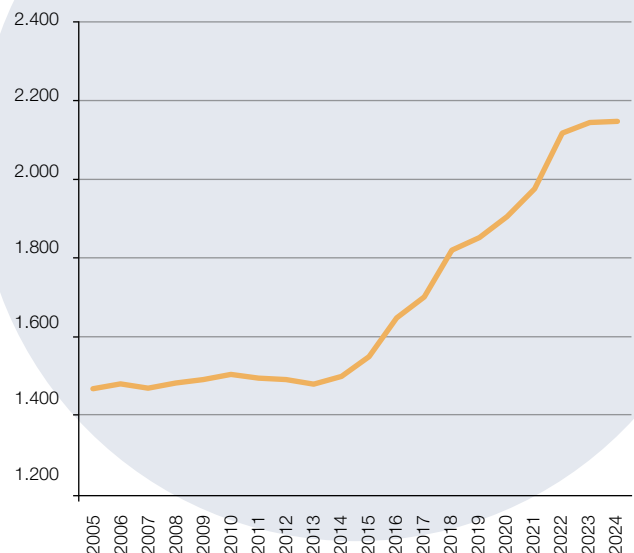
**Arbeit:** Trotz fünf Millionen neuer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in den vergangenen zehn Jahren ist das Arbeitsvolumen kaum gestiegen. In keinem anderen OECD-Land wird jährlich pro Kopf durchschnittlich weniger gearbeitet als in Deutschland. Forderungen nach einer Vier-Tage-Woche sind somit kontraproduktiv.

**Energie:** Die Energiepreise für private Haushalte und Unternehmen sind im internationalen Vergleich einsame Spitze. Der überstürzte Ausstieg aus Atom und Kohle, ein

Untätigkeit kann sich das Land nach über 15 Jahren ohne zukunftsweisende Strukturreformen nicht mehr leisten. Deutschland kann so vieles besser und hat ähnliche Herausforderungen Anfang der 1980er und 2000er Jahre erfolgreich bewältigt. Damit dies erneut gelingt, muss endlich deutlich mehr getan werden!

**Starker Stellenzuwachs in den höchsten Besoldungsgruppen**  
Entwicklung der Planstellen für Beamte der Bundesministerien in der Besoldungsordnung B.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Bundeshaushaltspläne 2005-2024.

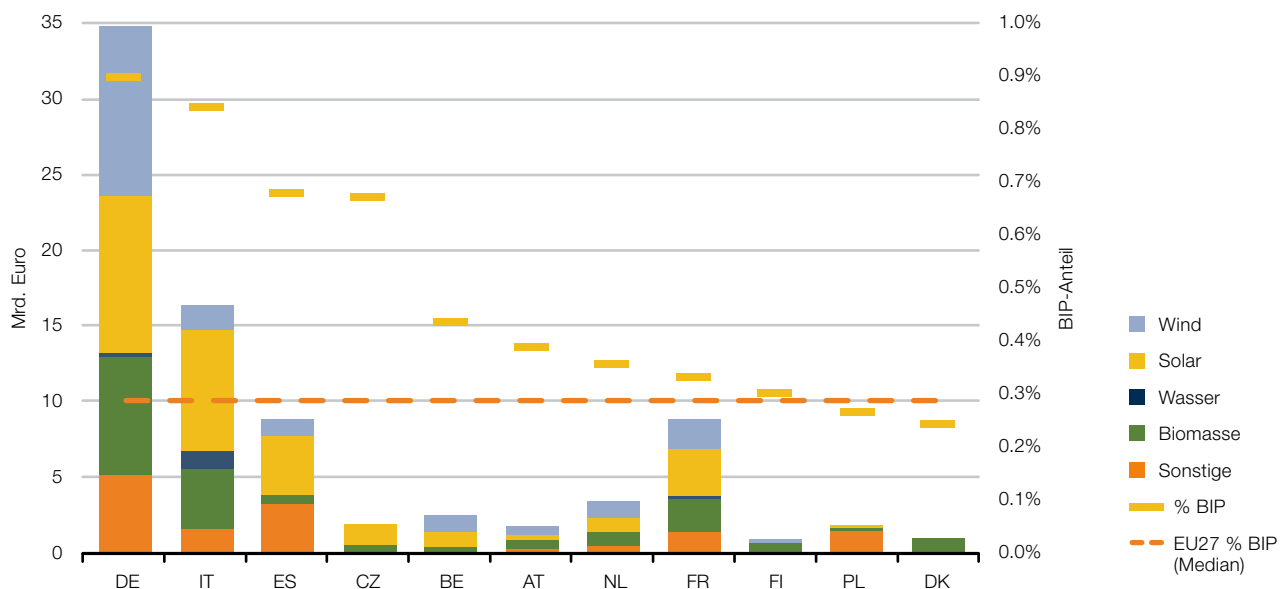


# Deutschlands Energiewende- und Klimapolitik auf dem Prüfstand

## Zu teuer, zu unsicher und nicht zielführend

### Deutschland hat EU-weit die meisten Erneuerbare-Energien-Subventionen

Quelle: Europäische Kommission (2023), bezogen auf das Jahr 2021.



Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2045 klimaneutral zu werden. Dazu wird im Rahmen der Energiewende ein grundlegender Umbau des deutschen Energiesystems angestrebt, den die Politik mit den europaweit höchsten Subventionen für erneuerbare Energien und kleinteiligen Regulierungen vorantreibt. Bei der Umsetzung der Energiewende- und Klimapolitik wird vor allem ein planerischer Ansatz verfolgt, bei dem der Staat am grünen Tisch passgenau festzulegen versucht, welche Vorgaben und finanzielle Zuwendungen die einzelnen Sektoren und Technologien benötigen, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen.

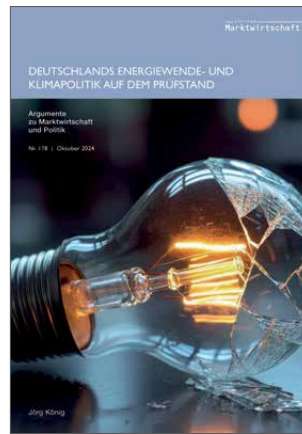
Inzwischen wird immer deutlicher, dass dieser von Dirigismus und Wissensanmaßung geleitete Ansatz verfehlt ist: Deutschlands Energiewende ist konkurrenzlos teuer, die Energieversorgung ist perspektivisch nicht gesichert, die erzielten CO<sub>2</sub>-Einsparungen sind überschaubar und das versprochene „grüne Wirtschaftswunder“ bleibt aus. Die Energiewende wirkt, nur leider in eine Richtung, die den Wohlstand des Landes bedroht. Die politischen Maßnahmen sind oft nicht aufeinander abgestimmt, was dazu führt, dass positive Wirkungen des Emissionshandels durch eine Vielzahl lenkender Eingriffe konterkariert werden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die deutsche

Energiewende keine internationalen Nachahmer findet und die Stimmung in weiten Teilen der Gesellschaft und Wirtschaft in Bezug auf die Umsetzung der Energiewende gekippt ist: Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit der Energiewende- und Klimapolitik unzufrieden, während immer mehr Unternehmen planen, ihre Produktion einzuschränken oder ins Ausland zu verlagern.

Eine Politik, die den gesellschaftlichen Rückhalt verliert und den wirtschaftlichen Erfolg des Landes gefährdet, sollte nicht nur überdacht, sondern grundlegend geändert werden. Es bedarf eines neuen Ansatzes, bei dem die Energiewende im Dialog mit Wissenschaft, Unternehmen und Gesellschaft stärker auf Ordnungspolitik (Anreize und Rahmensetzung) denn auf ein kleinteiliges Ordnungsrecht (Regulierung und Verbote) sowie großzügige Subventionen ausgerichtet wird. Um die Akzeptanz in der Bevölkerung und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen, ist eine Energiepolitik erforderlich, bei der Energie nicht nur sauber, sondern zugleich sicher und bezahlbar ist. Klimapolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie effektiv und kosteneffizient ist, soziale Härten abfedert und international koordiniert wird. Deutschland braucht eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Energiewende, die Wirtschaftswachstum und Umweltschutz miteinander

verbindet, auf CO<sub>2</sub>-Preise als wichtigsten Anreizmechanismus setzt und technologischen Fortschritt ermöglicht. Daraus ergeben sich folgende Handlungsempfehlungen:

- **Mehr ökologische Marktwirtschaft wagen:** Statt auf Dirigismus und Subventionen sollte stärker auf Marktmechanismen wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung gesetzt werden. Der europäische Emissionshandel hat gezeigt, dass klimapolitische Ziele sicher und kosteneffizient erreicht werden können.
- **Mit Innovationen vorangehen:** Innovationen sollten eine stärkere Rolle einnehmen und im Idealfall aus der deutschen Energiewende hervorgehen sowie CO<sub>2</sub>-arme Technologien hervorbringen, die im In- und Ausland Treibhausgase wirksam reduzieren, abscheiden und speichern können.
- **Das inländische Energieangebot technologieoffen ausweiten:** Um die Energiesicherheit nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen und um nicht langfristig auf Stromimporte angewiesen zu sein, sollte das inländisch erzeugte Energieangebot jenseits von Solar- und Windkraft sowie Wasserstoff erhöht werden. Dazu sollten Einschätzungen aus Wissenschaft und Energiewirtschaft eingeholt und eine ideologiefreie gesellschaftliche Debatte über zusätzliche Möglichkeiten der heimischen Energieerzeugung geführt werden.



**Deutschlands Energie- und Klimapolitik auf dem Prüfstand**

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 178

Jörg König

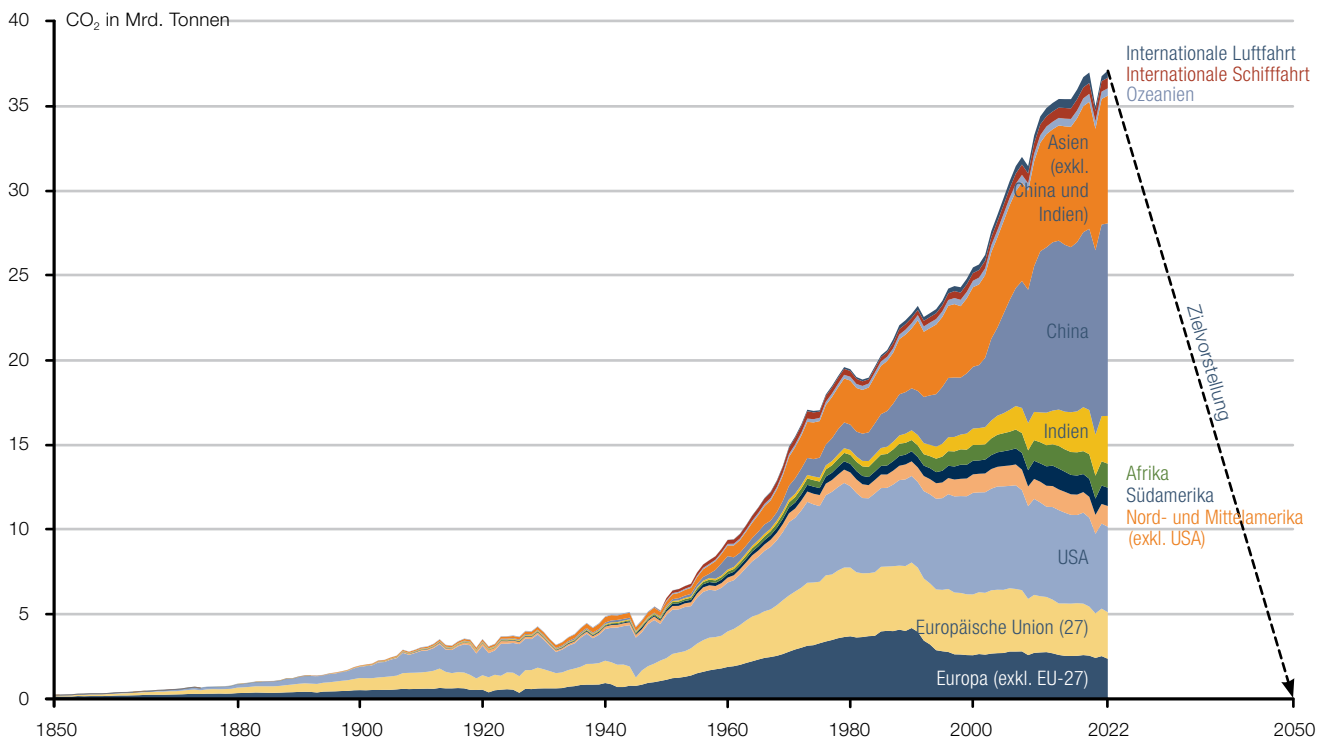
Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)  
ISSN: 1612-7072



- **Den europäischen Energiebinnenmarkt stärken:** Ein vollständig diskriminierungsfreier grenzüberschreitender Handel würde die Energieversorgung nachhaltiger, preisgünstiger und sicherer machen. Die lange umworbene „Kupferplatte Europa“ sollte endlich Realität werden. Dazu sind schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie smarte Netze erforderlich.
- **Klimapolitik über den Klima-Club global koordinieren:** Aufgrund der globalen Dimension des Klimawandels ist es erforderlich, stärker auf internationale Kooperation zu setzen sowie Anpassungsstrategien an den Klimawandel zu entwickeln. Ein Klima-Club sollte möglichst viele Staaten einbinden und weltweit einheitliche CO<sub>2</sub>-Preise anstreben.

**Klimapolitik ist eine globale Aufgabe**

Quelle: Our World in Data.



## Positionspapiere

### Rahmenordnung statt Mikromanagement – die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Die Vorstellung, dass eine Marktwirtschaft nur dann zu sozial oder ökologisch verträglichen Ergebnissen führen kann, wenn der Staat sie entsprechend reguliert, beruht auf dem Missverständnis, dass ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit Gegensätze seien. Stattdessen ermöglichen erst der durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb geschaffene Innovationsprozess und Wohlstand sozialstaatlichen Ausgleich und gesellschaftliche Solidarität.

Nur eine klar definierte Rahmenordnung, die auf eindeutigen Spielregeln basiert, kann sicherstellen, dass kein Widerspruch zwischen dem Steuerungsanspruch des Staates und seinen tatsächlichen Steuerungsmöglichkeiten entsteht. So wird verhindert, dass der Staat in Bereiche eingreift, die er nicht überblicken kann oder unrealistische Erwartungen an sein Gestaltungsvermögen geschürt werden – beides häufige Ursachen für Frust, Verunsicherung oder Politikverdrossenheit.

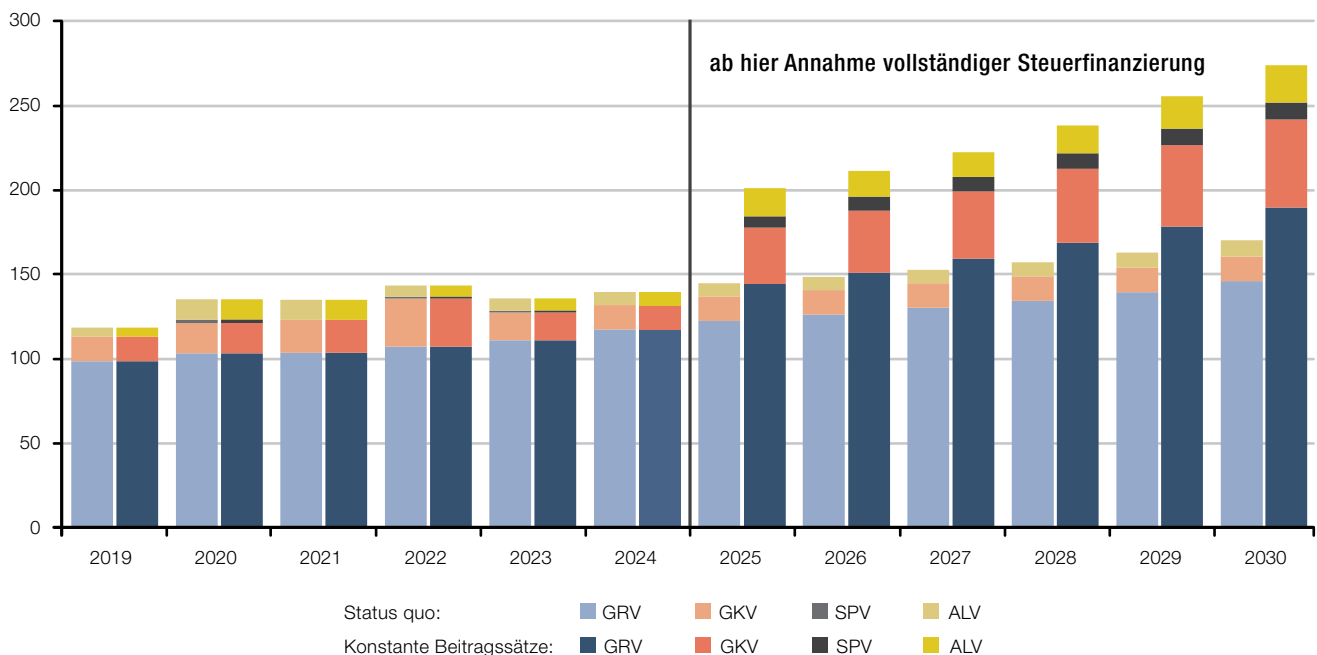
### Steuerfinanzierung der Sozialversicherungen

Beide Positionspapiere sind online auf unserer Website verfügbar.



#### Steiler Anstieg der Bundeszuschüsse bei konstanten Beitragssätzen in Mrd. Euro

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Büttner, T. und M. Werding (2021), Optionen zur Stabilisierung der Einnahmesituation der Sozialversicherungen, WIP-Analyse.



Eine dauerhafte Erhöhung der Steuerzuschüsse zur Stabilisierung der unter Druck geratenen Sozialversicherungen führt zu einer weitreichenden Lastenverschiebung, ohne die Lasten insgesamt zu verringern. Eine seit Jahren kurz-sichtige Haushaltspolitik hat immer wieder zu einer Vermischung von Steuer- und Beitragsmitteln geführt, was die Prinzipien der Sozialversicherungen auf den Kopf stellt. Komplizierte und intransparente Umverteilungsstrukturen sind die Folge. Da die Höhe der Steuerzuschüsse in der

Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, lassen sich Leistungsausweitungen leichter bewerkstelligen. Zudem entsteht die Illusion, dass die Kosten der Sozialversicherung immer durch die Beitragssätze gedeckt seien.

Um die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu finanzieren, sind stattdessen Strukturreformen – z.B. versicherungsmathematisch begründete höhere Abschläge bei früherem Ruhestandseintritt – unabdingbar.



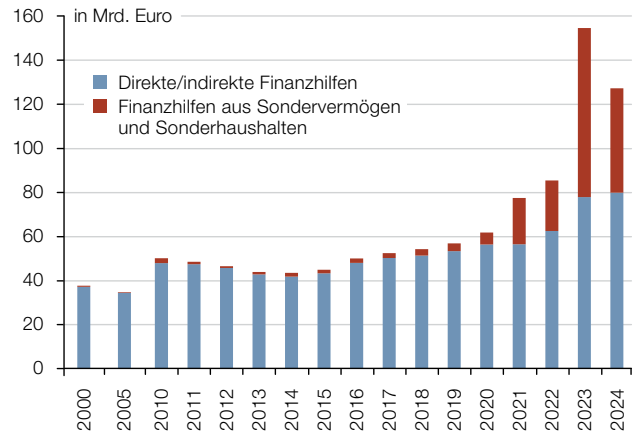
# Deutschland in der Subventionsfalle?

## Risiken und Nebenwirkungen von Staatshilfen

Subventionen sollten ökonomisch hinreichend begründet sein, grundsätzlich die Ausnahme darstellen und nicht aus kurzfristigen politischen Erwägungen gewährt werden. Angesichts der starken Zunahme von staatlichen Finanzhilfen in den vergangenen Jahren ist jedoch zu befürchten, dass zunehmend politische und weniger ökonomische Beweggründe im Vordergrund stehen. Subventionen sollten daher auf ein notwendiges Minimum reduziert und auf die Abfederung kurzfristiger exogener Schocks sowie Internalisierung externer Effekte beschränkt werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob nicht andere Instrumente sinnvoller sind als direkte staatliche Eingriffe. Zu groß ist das

### Subventionen des Bundes nehmen kontinuierlich zu

Quelle: IfW (bis 2018 Kieler Subventionsbericht 2020; ab 2019 Kieler Bundesausgabenmonitor 2024).



### Deutschland in der Subventionsfalle?

Kurzinformation

Tim Meyer

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.)



Risiko, dass Subventionen teuer, ineffizient und mit erheblichen Nebenwirkungen verbunden sind. Vor allem strukturkonservierende Hilfen bremsen oder verhindern Anpassungsprozesse und beschränken den Raum für Innovation und Fortschritt. Investitionen, von denen alle Akteure gleichermaßen profitieren, würden die Wettbewerbsfähigkeit und den Wirtschaftsstandort deutlich nachhaltiger fördern.

# Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Was bringen die Reformen?

## Webinar mit Prof. Dr. Justus Haucap

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) steht seit Jahren massiv in der Kritik. Er gilt zuweilen als zu teuer, politisch unausgewogen und programmlich veraltet. In ihrem Reformstaatsvertrag hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz Ende Oktober dieses Jahres darauf geeinigt, den ÖRR zu reformieren: ARD, ZDF und Deutschlandradio sollen „digitaler, schlanker und moderner“ werden.

Am 4. Dezember 2024 hat Prof. Dr. Justus Haucap, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), im Rahmen unserer Webinar-Reihe diese Reformpläne einer kritischen Analyse unterzogen. Das Mitglied des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, zeigte auf, wie eine grundlegende Reform aussehen müsste, die die



Kosten des ÖRR erheblich senken, seine Governance verbessern und die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen würde.

## Jahrestreffen der Stiftung Marktwirtschaft

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M. (Yale), zu Gast in Kronberg

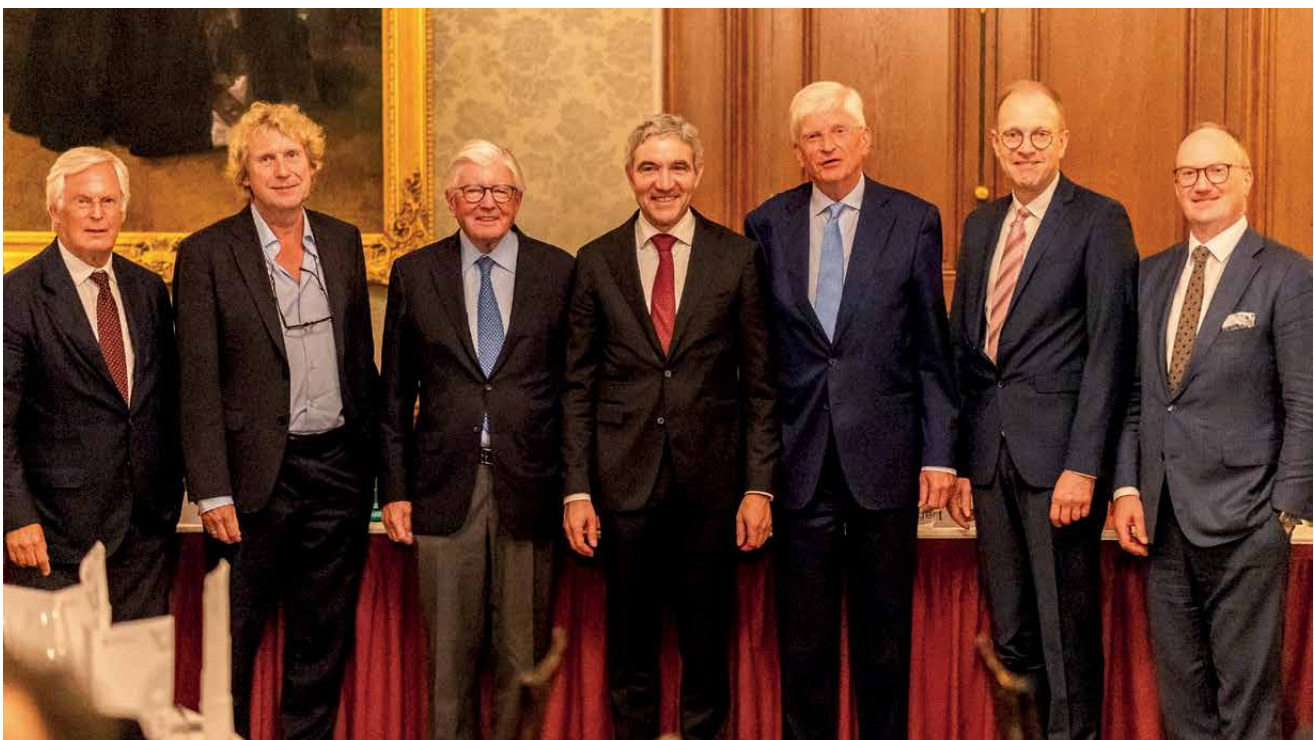
In seiner Begrüßung verwies der Vorsitzende des Stiftungsrates, Prof. Dr. Theo Siegert, darauf, dass ihn die aktuelle Situation an das Jahr 1982 erinnere, in dem der Kronberger Kreis und die Stiftung Marktwirtschaft gegründet wurden: „Eine Regierungskoalition vor dem Bruch, Wirtschaftskrise, gesellschaftliches Unwohlsein und geopolitische Spannungen, wie wir sie lange nicht erlebt haben. Unser Gründungsimpuls ‚Mehr Mut zum Markt‘ ist demnach gerade heute besonders wichtig und ich danke allen, die unser Wirken für Freiheit, Verantwortung und Wettbewerb möglich machen.“

Nach Berichten aus der Stiftungsarbeit und dem Kronberger Kreis stellte der Vorsitzende des Kuratoriums, Franz-Peter Falke, den Ehrengast des Abends, Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M. (Yale), vor. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts betonte in seiner Rede, dass es in einer Phase zunehmender gesellschaftlicher Fliehkräfte darauf ankomme, sich die zentralen Weichenstellungen des Grundgesetzes, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend seien, bewusst zu machen: „Die Rede ist vom Sozialstaat und zwar in dem Bewusstsein, dass dieser nicht aus sich selbst heraus funktionieren kann, sondern immer einer ökonomischen Grundlage bedarf.“



Prof. Dr. Stephan Harbarth.

Das Sozialstaatsprinzip verlange staatliche Vor- und Fürsorge für Gruppen der Gesellschaft, die aufgrund persönlicher Schwäche oder Schuld, Unfähigkeit oder gesellschaftlicher Benachteiligung in ihrer persönlichen und sozialen Entfaltung eingeschränkt seien. Zwar sei dieser Auftrag verfassungsrechtlich verbürgt, jedoch nicht konkretisiert: Letztendlich unterliege die Ausprägung der sozialen Leistungsansprüche auch der volkswirtschaftlichen



Franz-Peter Falke, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Rainer Hildmann, Festredner Prof. Dr. Stephan Harbarth, Prof. Dr. Theo Siegert, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld (v.li.).

Alle Fotos auf dieser Doppelseite: Ronny Barthel.





Der Festsaal im Schlosshotel Kronberg.

Leistungskraft. Aus dem Sozialstaatsprinzip allein könne der Einzelne grundsätzlich keine unmittelbaren Ansprüche ableiten, führte der Jurist aus. Das Sozialstaatsprinzip sei in besonderer Weise zukunfts offen, da sich die sozialen Verhältnisse, Herausforderungen, Ideen und Erfahrungen stetig änderten.

Die Ausgestaltung sozialstaatlicher Leistungen obliege dem Gesetzgeber. Dieser müsse dabei jedoch die verfassungsrechtliche Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums berücksichtigen, welches nicht nur die physische, sondern auch die sozio-kulturelle Existenz umfasse. Gleichzeitig gelte der Nachranggrundsatz, nach dem Eigenverantwortung Vorrang vor staatlicher Fürsorge habe. Öffentliche Mittel dürften nur bei wirklicher Bedürftigkeit in Anspruch genommen werden. Dabei sei es auch ein Aspekt, die begrenzten finanziellen Ressourcen des Staates zu schonen, um künftige Gestaltungsmacht zu sichern. Zudem hingen Bestand und Funktionieren der staatlichen Solidargemeinschaft wesentlich von der Akzeptanz derjenigen ab, die die materiellen Voraussetzungen des staatlichen Fürsorgesystems erwirtschafteten. Darüber hinaus bestünden gesetzliche Mitwirkungspflichten, sodass der Staat von Leistungsempfängern verlangen dürfe, dass diese aktiv an der Überwindung ihrer Hilfebedürftigkeit mitwirken oder diese erst gar nicht eintreten lassen. Da solche Mitwirkungspflichten jedoch die Handlungsfreiheit der Betroffenen einschränkten, bedürften sie verfassungsrechtlicher Rechtfertigung. So sei es etwa nicht zulässig, damit auf Entfaltung der Persönlichkeit des Hilfebedürftigen abzielen: „Dem Grundgesetz ist ein solcher Paternalismus fremd. Es gibt keine Vernunfttheorie staatlicher Organe über die Grundrechtsberechtigten“, betonte Harbarth.

Staatliche Fürsorge und Eigenverantwortung ständen demnach zwar in einem Spannungsverhältnis, schlossen sich aber nicht aus. Es sei grundsätzlich möglich, Leistungsminderungen bei Pflichtverletzungen vorzusehen, wenn diese verhältnismäßig seien. Der Staat dürfe nicht überfordern, aber er dürfe fordern und verlangen, dass

diejenigen, die staatliche Mittel in Anspruch nehmen, aktiv an der Überwindung ihrer Hilfebedürftigkeit mitwirken.

Die Entscheidung zu Hartz IV zeige, wie das Sozialrecht in unserer modernen demokratischen Gesellschaft grundlegende Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit betreffe, aber in seiner Umsetzung ein kleinteiliges und hochkomplexes Stückwerk sei. „Die Leistungen des Sozialstaats entscheiden für viele Menschen darüber, ob sie sich Staat und Gesellschaft zugehörig fühlen oder abseits oder ihnen gar feindselig gegenüberstehen“, unterstrich Harbarth.



Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest bei der Diskussion.

In den nächsten Jahren ständen aufgrund des demografischen Wandels und der schwierigen wirtschaftlichen Situation weitreichende Entscheidungen an, die großen Einfluss auf den Zusammenhalt der Gesellschaft haben würden. Entscheidend für das Gelingen der anstehenden Anpassungsprozesse sei auch die richtige Balance zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Fürsorge. Hierfür bedürfe es einer gemeinsamen Anstrengung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wobei Formate wie die Jahrestagung der Stiftung Marktwirtschaft wichtige Impulse liefern könnten, schloss der Präsident des Bundesverfassungsgerichts seine Ausführungen.

## Tagungen

### Mehr Realismus in der Rentenpolitik – Reformoptionen in einer alternden Gesellschaft

Nach dem Bruch der Ampelkoalition – und damit auch dem Platzen des Rentenpakets II – luden wir am 12. November 2024 zur Diskussion im Reichstagsgebäude über den Zustand und Reformbedarf unseres Rentensystems ein mit Dr. Dina Frommert (Deutsche Rentenversicherung Bund), Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (Universität Freiburg, Stiftung Marktwirtschaft), Jana Schimke MdB



Dr. Rolf Schmachtenberg.



Beide Fotos: Kay Herschelmann.

Prof. Dr. Michael Eilfort, Margaret Heckel, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB, Anja Schulz MdB, Dr. Dina Frommert, Jana Schimke MdB, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (v.li.).

(CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Dr. Rolf Schmachtenberg (Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Anja Schulz MdB (FDP-Bundestagsfraktion) sowie Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB (Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen). Durch den Abend führte die Journalistin und Autorin Margaret Heckel.

### Top oder Flop? Deutschland ein Jahr vor der Bundestagswahl



Wie viel Fortschritt und Modernisierung hat die Ampelkoalition in den vergangenen drei Jahren erreicht? Wie gut ist Deutschland durch die zahlreichen Krisen gekommen und für aktuelle sowie zukünftige Herausforderungen gewappnet? Wo steht der Wirtschaftsstandort und welche Wirtschaftspolitik ist notwendig, um Investitionen und Wachstum nachhaltig zu stärken?

Wie viel staatlicher Planung und Finanzierung bedarf der Wohlstand von morgen? Über diese und weitere Fragen haben wir am 6. September 2024 auf Gut Kaden in der Nähe von Hamburg diskutiert mit Philipp Amthor MdB (Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommern), Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld (Direktor des Walter Eucken Instituts, Sprecher des Kronberger Kreises), Josef Joffe, Ph.D. (Publizist), Boris Palmer (Oberbürgermeister der Universitätsstadt

Tübingen), Dr. Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach) und Jeromin Zettelmeyer, Ph.D. (Direktor des Brüsseler Think-Tanks Bruegel). Moderiert wurde das Expertengespräch von Gabor Steingart (The Pioneer).



Philipp Amthor MdB.

Foto: Kay Herschelmann.

Weitere Informationen und die Tagungsberichte finden Sie auf unserer Veranstaltungsseite.

